



Straßenbeitragsfreies Hessen eine AG hessischer Bürgerinitiativen

www.strassenbeitragsfrei.de

Pressemitteilung (Frei zur Veröffentlichung ab 17. Januar 2018)

Linden, 13. Januar 2018

**AG „Straßenbeitragsfreies Hessen“ zum Urteil des VGH Kassel gegen die Stadt Schlitz.
Keine Aussage über Rechtmäßigkeit der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen.
Kommunale Selbstverwaltung wird ausgehebelt. Unzureichende Finanzausstattung der
Kommunen und neue Aufgaben ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich ermöglichen
Durchregieren des Innenministeriums.**

Vorab ist festzustellen, daß das Urteil nichts aussagt über die Rechtmäßigkeit der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Dazu liegen den obersten Gerichten mehrere Klagen seitens renommierter Verfassungsrechtler vor.

Die Stadt Schlitz und ihr Bürgermeister Schäfer verdienen Hochachtung. Es ist zu hoffen, daß Schlitz - auch für andere hessische Gemeinden - das Urteil sorgfältig prüft und dann gegebenenfalls in die Revision geht. Und dass sie in Zukunft gemeinsam mit der AG "Straßenbeitragsfreies Hessen" auch politisch für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wirbt.

Das Urteil selbst ist nicht gut für die kommunale Selbstverwaltung in Hessen. Es verschiebt die politische Willensbildung und die Gestaltungsmöglichkeiten aus den Gemeinden hin zum hessischen Innenministerium. Als Begründung dafür dient die in den letzten Jahrzehnten herbeigeführte schlechte Haushaltslage der Gemeinden. Da es keine klaren Regelungen der Kommunalaufsichten gibt, wie die wirtschaftliche Situation einer Gemeinde zu bewerten ist, da Bund und Land neue Aufgaben ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich auf die Gemeinden abwälzen, kann das Innenministerium zukünftig noch stärker in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen. Es ist zu befürchten, daß mit diesem Urteil die Stadtparlamente in Zukunft zu Alibi-Demokratie-Veranstaltungen verkommen. Das einzig Positive an dem Urteil aus Kassel ist, daß es eine Revision zuläßt.

Abschließend ein Blick ins Nachbarland Bayern. Auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte Ende 2016 ein ähnliches Urteil gesprochen. Heute dagegen steht Bayern kurz davor, die Straßenausbaubeiträge vollständig abzuschaffen. Wenn dort – wie am 13.1. vom zukünftigen Ministerpräsidenten Söder angekündigt – die Straßenausbaubeiträge wegfallen, erhalten die Kommunen einen entsprechenden Ausgleich vom Land. Dabei handelt es sich um einen Betrag im Promillebereich des bayerischen Landeshaushalts.

„**Straßenbeitragsfreies Hessen - eine AG hessischer Bürgerinitiativen**“ ist erreichbar unter der email-Adresse strassenbeitragsfreies-Hessen@posteo.org. Weitere Bürgerinitiativen und Gruppierungen gegen Straßenausbaubeiträge sind willkommen. Man kooperiert mit bundesweit aktiven Vereinen,

13. Januar .2018

Andreas Schneider, Breiter Weg 126, 35440 Linden

Anlagen

- [Information „Straßenbeitragsfreies Hessen“](#)
- [Logo, Verband Wohneigentum Hessen](#)